



Hintergrundanalyse zur Kommunalwahl MV 2019

Dr. Delphine Wollenberg, RAA-Regionalzentrum für demokratische Kultur Vorpommern-Greifswald
Jan König, RAA-Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg

1. Allgemeines zur Wahl in Mecklenburg-Vorpommern

Die Kommunalwahlen finden in Mecklenburg-Vorpommern unter besonderen strukturellen Gegebenheiten und den damit verbundenen Herausforderungen statt. So befindet sich das ländlichste Bundesland Deutschlands seit der Wiedervereinigung in einem dramatisch voranschreitenden Strukturwandel. Seit 1990 hat Mecklenburg-Vorpommern 14% seiner Bevölkerung durch Abwanderung verloren. Dabei kommt verschärfend hinzu, dass dies besonders die Bevölkerungsschichten im arbeitsfähigen Alter betrifft. Etwa ein Drittel der mecklenburg-vorpommerschen Bevölkerung lebt in Rente. Als Reaktion auf den demografischen Wandel wurden zwei Kreisgebietsreformen durchgeführt, welche die ursprünglich 35 Landkreise auf mittlerweile 6 Landkreise und zwei kreisfreie Städte zusammenkürzten. In der Folge entstanden Landkreise mit einer mitunter dreistelligen Anzahl an Gemeinden, zusätzlich entfernten sich die politischen Vertreter*innen und politischen Entscheidungsinstitutionen räumlich von vielen ansässigen Bürger*innen und ließen so die Möglichkeiten partizipativer Rückkopplung im ländlichen Raum schrumpfen. In den vergangenen Kommunalwahlen sank entsprechend die Wahlbeteiligung kontinuierlich, 2011 erreichte sie mit 46,3% ihren historisch zweitniedrigsten Wert seit der deutschen Einigung. Bei den Kommunalwahlen werden zusätzlich zu den Kreistagswahlen auch die Gemeindewahlen und die ehrenamtlichen Bürgermeister*innenwahlen durchgeführt.

2. Die rechtspopulistischen bis rechtsextremen Akteur*innen vor der Wahl

In Mecklenburg-Vorpommern sind primär die AfD und die NPD als rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien zu verorten. Anders als in anderen Bundesländern existieren keine regionalen Standorte der Kleinstparteien "Die Rechte" oder "Der III. Weg". Trotz dieser fehlenden Konkurrenz hat die NPD in MV weiter an Wähler*innenrückhalt verloren. War die rechtsextreme Partei 2006 und 2011 noch in den Landtag gewählt worden und konnte darüber die ihr nahestehende rechtsextreme freie Szene finanzieren und unterstützen, ist sie seit dem Verlust des Landtagsmandats 2016 in der Öffentlichkeit kaum mehr sichtbar. Schon bei den Kommunalwahlen 2014 erlangte sie lediglich 3,2% der Stimmen und damit 17 Sitze in den Kreistagen. Profitieren konnte hiervon insbesondere die AfD, die seit ihrer Gründung in MV 2013 zu den völkisch-nationalistischsten Landesverbänden der Partei gezählt wird und die insbesondere in den letzten Jahren durch Äußerungen und Aktionen die Schwelle von Rechtspopulismus zum Rechtsextremismus schwimmen ließ und wiederholt überschritt. Während bei den letzten Kommunalwahlen noch 4,2% der Stimmen und damit 22 Kreistagssitze geholt werden konnten, erlangte die Partei ihren Durchbruch im Nordosten mit der Landtagswahl 2016 in der sie mit 20,8% die zweitstärkste Kraft wurde. Anschließend zeichneten vor Allem Skandale um Personen, Parteiaustritte von Landtagsabgeordneten und deren Neuformierung in der Fraktion "Bürger für Mecklenburg-Vorpommern / Freie Wähler" das öffentliche Bild der Partei.

Zusätzlich zu AfD und NPD sind noch Einzelbewerber*innen und Wählerbündnisse, wie u.A. die Wählergemeinschaft "Heimat" aus Jamel, zu erwähnen, die dem rechtsextremen Spektrum

zuzuordnen sind. Parallel gibt es auch Bewerber*innen aus der rechtsextremen Szene, die in eigentlich bürgerlichen Wählerlisten kandidieren. So u.A. Frank Klawitter, ein ehemaliger HDJ-Aktivist, der in der "Wählergemeinschaft für Gribow" (Vorpommern-Greifswald) aktiv ist. Auch in Nordwestmecklenburg waren ähnliche Überschneidungen zu beobachten, während eine Wählergemeinschaft in Penzlin (Mecklenburgische Seenplatte) vom Verfassungsschutz zur sogenannten Reichsbürger*innenszene gezählt wird. Diese Bewerber*innen und Listen konzentrieren sich dabei primär auf die Gemeindewahlen, wo sie abseits des medial-öffentlichen Interesses versuchen, den völkisch-rechtsextremen Umbau in den ländlichen Regionen vor Ort zu proben.

3. Der Wahlkampf am rechten Rand

Die AfD stellte ein Papier mit sogenannten "Leitlinien für eine alternative Kommunalpolitik" vor. Darin werden, nebst Forderungen zur Infrastrukturförderung, die mecklenburg-vorpommerschen Dörfer und Städte als eine "Kulturlandschaft" beschrieben, die bewahrt werden müsse. Potentielle Bauten von Moscheen werden als Zeichen einer vorgeblichen Islamisierung angesehen, dem die Partei eine "starke deutsche Leitkultur" entgegensetzen will - scheinbar unabhängig davon, wo und ob solche Bauvorhaben in der Realität existieren. Ebenso wird die Einstellung der finanziellen Förderung von Initiativen und Projekten gefordert, "die unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen rechts“ Linksextremismus fördern". In der grenznahen Region Vorpommern wurden diese Leitlinien dabei auch ins Polnische übersetzt. Dennoch zeigten in diesem Wahlkampf erneute interne Spannungen, u.A. aufgrund der Nominierung eines Bandido-Mitglieds zur Kommunalwahl oder Äußerungen des Landessprechers Dennis Augustin, der die eigene Landtagsfraktion aufgrund eines angeblich zu freundlichen Umgangs mit den anderen Parteivertreter*innen mit Würmern verglich. Anders als noch im Landtagswahlkampf 2016 versuchte die NPD auf größere Distanz zur AfD zu gehen. Dies versuchte sie u.A. durch die Wahlslogans "Widerstand ist wählbar" und "Konsequent und Alternativlos" zu unterstreichen. Abgesehen von Wahlplakaten mit der Aufschrift "Migration tötet", die in vielen Gemeinden abgehängt und gerichtlich untersagt wurden, blieb die Partei jedoch im Wahlkampf kaum sichtbar.

4. Wahlergebnisse aus den Kreistagen und Gemeinden

Insgesamt war ein hoher Anstieg der Wahlbeteiligung im Vergleich zur vorherigen Wahl 2014 zu beobachten. So stieg die Wahlbeteiligung von 46,5% auf nun 57,6% (416.675 zusätzliche gültig abgegebene Stimmen) und stellte damit den höchsten Wert seit 1994 dar. Während die CDU als stärkste Kraft 7,6 Prozentpunkte Verluste hinnehmen musste, erhielten SPD und Die Linke prozentual ebenfalls weniger Stimmen (3,5 Punkte Verlust bei der SPD, 3,4 Punkte Verlust bei Die Linke), obwohl die SPD in absoluten Zahlen fast identisch blieb und Die Linke sogar Wählerstimmen dazugewinnen konnte. Die Grünen konnten hingegen ihr Wahlergebnis von 2014 mit nun 10,3% der Stimmen fast verdoppeln. Der größte Wahlgewinner in relativen wie in absoluten Zahlen war allerdings die Alternative für Deutschland, die kreistagsübergreifend 14% erreichte. Ihr schlechtestes Ergebnis holte die AfD dabei in der Stadtvertretung Rostock mit 9,8% und ihr bestes im Kreistag Vorpommern-Greifswald mit 16,9%. In der Tendenz lässt sich beobachten, dass die Stimmanteile ansteigen, je östlicher gewählt wurde.

Die NPD hingegen setzte ihren umfassenden Negativtrend an der Wahlurne fort und verschlechterte sich von 3,2% der gehaltenen Stimmen in 2014 auf nunmehr 1,3%. Das höchste Ergebnis erhielt sie dabei, wie die AfD, im Kreistag Vorpommern-Greifswald mit 2,8%. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die rechtsextreme Partei nur noch im eben genannten Kreistag mit mehr als einer Person vertreten ist.

Bei den freien Bewerber*innen und Wähler*innengemeinschaften zeigten sich gebietsweise Wahlerfolge. Die völkisch-rechtsextreme Wahlgemeinschaft "Heimat", die sich aus der "Dorfgemeinschaft Jamel" rekrutierte, wurde in der Gemeinde Gägelow mit 9,5% (401 Stimmen)

gewählt. Dies bedeutet in der Folge einen Sitz in der Gemeindevertretung für Sven Krüger, Betreiber des Thinghauses in Grevesmühlen und einer der wichtigsten rechtsextremen Akteure im Bundesland. Auch der ehemalige HDJ-Aktivist Frank Klawitter holte im vorpommerischen Gribow einen Sitz über die „Wählergemeinschaft für Gribow“.

5. Ausblick

Es ist zu erwarten, dass die neuen Mehrheitsverhältnisse in den Kreistagen und Stadtvertretungen die kommunalpolitische Kultur eingehend beeinflussen und verändern werden. Während bisher nur vereinzelte AfD-Vertreter*innen in den Kommunalparlamenten saßen, ist die Partei nun in allen Kreistagen in Fraktionsstärke vertreten - und dies vielerorts als zweit- oder drittstärkste Kraft. Die internen Spannungen bei der AfD im Vorfeld der Wahl scheinen dabei bei den Wähler*innen keinen nennenswerten Einfluss gehabt zu haben. Diese Spannungen treten jetzt offener zutage, da die AfD-Landtagsfraktion den Landessprecher der Partei und neugewählten Kreistagsabgeordneten Dennis Augustin öffentlich zum Rücktritt aufgefordert hat.

Auch wenn die NPD nun selbst auf der Kreistageebene weitgehend an Bedeutung verloren hat, ist sie trotzdem in einzelnen Gemeinden weiterhin verankert und gefährdet das dortige demokratische Gemeinwesen. Ähnliches gilt für mehrere Gemeindevertretungen, in denen nun zentrale rechtsextreme Akteur*innen, wie z.B. der Thinghaus-Betreiber Sven Krüger aus Jamel, sitzen. Entsprechend bedeutet diese Kommunalwahl weiter wachsende Herausforderungen für die demokratischen Akteur*innen, engagierte Personen und die Gemeinwesenberatung im Land.